

Die große Rabattschlacht

EU-Haushalt. Vergangenen Sommer hat die Kommission der Europäischen Union ihre Pläne für den Finanzrahmen 2014 bis 2020 vorgelegt. Nun sollen die Mitgliedsstaaten möglichst bis Ende 2012 zustimmen. Die Verhandlungen dürften zäh werden, denn Brüssel will nicht nur mehr Geld von den Ländern einsammeln, sondern auch die Beitragsrabatte zusammenstreichen. 

Während viele EU-Staaten mit der Schuldenkrise zu kämpfen haben (vgl. Seite 5), muss sich die Staatengemeinschaft auch um Routineaufgaben kümmern. Derzeit zum Beispiel gilt es, den Finanzrahmen für die kommenden Jahre festzuzurren.

Die EU-Kommission hat dazu klare Vorstellungen (vgl. iwD 34/2011):

Die Mitgliedsstaaten sollen von 2014 bis 2020 insgesamt 1.025 Milliarden Euro in den EU-Haushalt einzahlen – das wären 3,2 Prozent mehr als in den Jahren 2007 bis 2013.

Außerdem möchte die Kommission neue Geldquellen erschließen. Die Hauptrolle spielen zwar weiterhin die nationalen Beiträge, die sich am Bruttonationaleinkommen (BNE) und damit am Wohlstand der Mitgliedsstaaten orientieren. Allein diese BNE-Eigenmittel machten 2010 mehr als 71 Prozent des EU-Haushalts aus. Ein weiterer Posten sind die Einnahmen aus den Außenzöllen der Union. Doch darüber hinaus will Brüssel der EU zu →

EU-Haushalt: Massive Umverteilung

So viele Milliarden Euro des EU-Haushalts wurden zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union umverteilt

Davon **finanzierten** diese Staaten so viel Prozent



Inhalt

Bodendienste. Die EU-Kommission unternimmt einen zweiten Anlauf, um den Wettbewerb auf den Flughäfen zu stärken.
Seite 3

Materialeffizienz. Angesichts steigender Rohstoffpreise ist in vielen Betrieben ein effizienter Materialeinsatz gefragt.
Seite 4

Rettungsschirm. Um Südeuropa zu helfen, wird das Aufkaufen von bereits ausgegebenen Staatsanleihen nicht reichen.
Seite 5

Internetwirtschaft. Das Web wächst rasant: Bis 2016 werden rund 3 Milliarden Menschen das Internet nutzen.
Seite 6

Energie. Nach wie vor decken die meisten Länder ihren Energiebedarf mithilfe von Erdöl.
Seite 7

Outdoor-Branche. Für wetterfeste Jacken und Rucksäcke gaben die Deutschen zuletzt 1,9 Milliarden Euro aus.
Seite 8

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ eigenen Steuereinnahmen verhelfen – in Form einer Finanztransaktionssteuer und eines Zuschlags auf die Mehrwertsteuer.

Doch die Kommissionspläne stoßen auf wenig Gegenliebe. Die Bundesregierung hält den Haushaltsansatz für mindestens 100 Milliarden Euro zu hoch und drängt zusammen mit sechs anderen Staaten auf niedrigere Ausgaben. Zudem lehnen einige Länder die Finanztransaktionssteuer rundweg ab; andere würden diese Einnahmen lieber in ihren nationalen Haushalt einspeisen.

Die Widerstände haben vor allem damit zu tun, dass der EU-Haushalt eine große Umverteilungsmaschinerie ist. So zahlen einige Länder – wie Deutschland – deutlich mehr in die EU-Töpfe ein, als sie herausbekommen. Diesen Nettozahlern stehen die Nettoempfänger gegenüber, die von den EU-Mitteln besonders stark profitieren – etwa von der Kohäsionspolitik, die die wirtschaftlich schwächeren Regionen fördert.

Das Umverteilungsvolumen, also das, was die Nettozahler unterm Strich in den EU-Haushalt stecken bzw. was die Nettoempfänger herausbekommen, ist zudem in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen (Grafik Seite 1):

Im Jahr 2010 wurden durch den EU-Haushalt gut 31 Milliarden Euro zwischen den Mitgliedsstaaten umverteilt – sechs Jahre zuvor waren es erst 20 Milliarden Euro.

Vor allem einige osteuropäische Länder kassierten zuletzt deutlich mehr Geld. Polen etwa bekam 2004 weniger als 1,5 Milliarden Euro netto aus den Fördertöpfen, 2010 jedoch schon 8,4 Milliarden Euro. „Alte“ Mitgliedsstaaten wie Spanien mussten dagegen kräftige Abstriche machen.

Bei den Nettozahlern haben sich die Gewichte ebenfalls verschoben – Frankreich beispielsweise musste zuletzt 5,5 Milliarden Euro beisteuern, deutlich mehr als die 3,1 Milliarden Euro im Jahr 2004.

Und es gibt noch einen Streitpunkt: Die EU-Kommission will die Praxis der unterschiedlichen Rabatte beenden, die zahlreiche Länder auf ihre Beiträge zum EU-Haushalt erhalten. So soll es künftig für alle Länder nur noch eine Beitragskorrektur geben, die dafür sorgt, dass sich die Nettozahlungen in den EU-Haushalt stärker am kaufkraftbereinigten Bruttonationaleinkommen orientieren als bisher (Grafik):

Im Schnitt der Jahre 2007 bis 2010 war das Wohlstandsniveau beispielsweise in Deutschland und Finnland gleich hoch, die Deutschen zahlten jedoch netto mit 0,32 Prozent ihres BNE deutlich mehr in den EU-Haushalt ein als die Finnen (0,18 Prozent).

Daher will die Kommission Deutschland, den Niederlanden, Schweden und Großbritannien einen Rabatt auf ihre BNE-Beiträge gewähren. Verglichen mit den derzeitigen Regelungen würden die Beitragsentlastungen allerdings deutlich geringer ausfallen, was die vier Staaten wohl kaum widerspruchslos hinnehmen werden.

Doch selbst wenn sich alle EU-Länder einigen, ist der Haushaltsrahmen noch nicht in trockenen Tüchern. Denn erstmals muss auch das EU-Parlament dem Ganzen offiziell mehrheitlich zustimmen. Und die Parlamentarier lassen sich ihr Votum erfahrungsgemäß nicht von den Nationalregierungen diktieren.

EU-Haushalt: Lasten ungleich verteilt

Bruttonationaleinkommen je Einwohner, um Kaufkraftunterschiede bereinigt, Durchschnitt 2007 bis 2010, EU-27 = 100

Nettobeitrag zum EU-Haushalt, Durchschnitt 2007 bis 2010

	in Prozent des Bruttonationaleinkommens	in Millionen Euro	
			10
Niederlande	132	0,31	1.815
Dänemark	126	0,29	683
Schweden	126	0,27	939
Österreich	124	0,18	500
Deutschland	118	0,32	7.943
Finnland	118	0,18	334
Vereinigtes Königreich	114	0,17	3.132
Frankreich	110	0,23	4.562
Italien	103	0,25	3.927

Länderauswahl: alle Nettozahler außer Belgien, Luxemburg und Zypern, unter anderem aufgrund von Verzerrungen durch Ausgaben für die EU-Verwaltung; Bruttonationaleinkommen: Bruttoinlandsprodukt korrigiert um den Saldo der an andere Länder geflossenen oder von dort empfangenen Arbeitnehmerentgelte und Kapitalerträge; Ursprungsdaten: EU-Kommission



IW-Positionen Nr. 52

Berthold Busch: Die Finanzierung der Europäischen Union – Zu den Vorschlägen der EU-Kommission zum mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020, Köln 2012, 52 Seiten, 11,80 Euro

www.iwmedien.de/bookshop

Mehr Markt am Flughafen

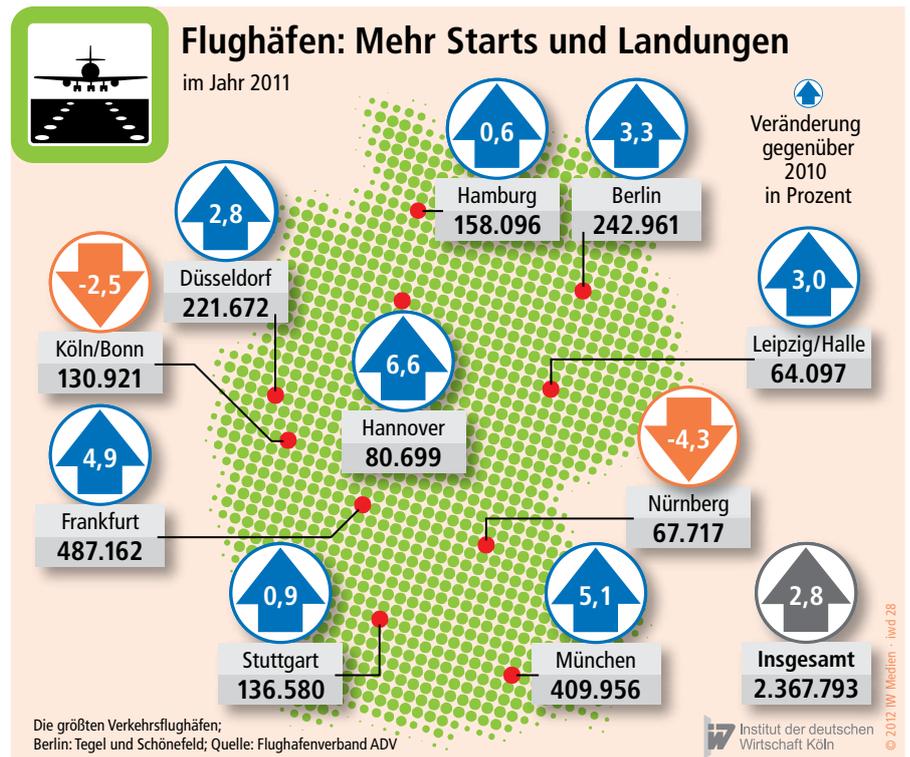
Bodendienste. Mit einer neuen Verordnung möchte die Europäische Kommission den Wettbewerb auf den Flughäfen stärken. Doch es gibt mächtige Gegner, die lieber den Status quo beibehalten wollen. 

Sie beladen Jumbojets, kontrollieren Passagiere, sorgen fürs Catering oder schieben Flugzeuge mit Schlepfern zur Startposition – die Bodendienste auf den Flughäfen.

Weltweit setzen sie schätzungsweise 50 Milliarden Euro im Jahr um, davon 13 Milliarden Euro in Europa. Gemessen an der gesamten Wertschöpfung im Luftverkehr haben Bodendienste immerhin einen Anteil von circa 15 Prozent. Außerdem sind sie eine Jobmaschine – 60.000 Menschen arbeiten in Europa im Bodendienst, allein 8.000 davon am größten deutschen Flughafen Frankfurt.

Wettbewerb ist für die Dienstleister der Fluggesellschaften allerdings noch eher ein Fremdwort, obwohl die Europäische Union schon 1996 eine Richtlinie für Bodendienste verabschiedet hatte, um Monopolstrukturen an Flughäfen aufzubrechen. Danach sollten pro Flughafen mindestens zwei externe Firmen („Drittanbieter“) ihren Service anbieten. Zudem sollten mindestens zwei Airlines die Abfertigung in Eigenregie durchführen dürfen.

Weil die 1996er-Richtlinie in puncto Deregulierung nicht weit genug griff, hat die Kommission Ende 2011 einen neuen Anlauf für mehr Wettbewerb gestartet. Tritt die Neuregelung in Kraft, dürfen die Fluggesellschaften künftig frei zwischen mehreren Drittanbietern und der



Eigenabfertigung wählen. Zudem sollen die Zulassungsverfahren für die Dienstleister europaweit vereinheitlicht werden, damit ausländische Anbieter leichter zum Zuge kommen.

Der Widerstand gegen die Brüsseler Pläne ist jedoch erheblich. In Deutschland hat sich eine Phalanx aus Flughäfen, den jeweiligen Bundesländern sowie Arbeitnehmervertretern gebildet. Sie alle sind gegen mehr Wettbewerb und begründen dies mit der Gefahr sinkender Löhne und schlechterer Qualität.

In Wahrheit geht es jedoch darum, sich Konkurrenz vom Leib zu halten:

Die Bundesländer sind nach deutschem Luftfahrtsrecht zugleich die zuständigen Genehmigungsbehörden für die Bodendienstleister. Sie besitzen aber oft auch Anteile an den Flughäfen (vgl. iw-d 13/2011) und bieten über ihre Flughafengesellschaften Bodendienste an. Interesse an gewinnschmälernder Konkurrenz haben sie also nicht.

Die Gewerkschaften glauben indes, dass sich mögliche Konkurrenten

einen Unterbietungswettlauf bei den Löhnen liefern – und bei Tarifstreitigkeiten haben die Arbeitnehmervertreter mit nur einem einzigen Anbieter leichteres Spiel. Letztlich entscheidet aber der Arbeitsmarkt über die Löhne – wenn Mitarbeiter knapp sind, müssen alle Servicegesellschaften anständige Löhne bieten.

Die Motive für die Beibehaltung des Status quo sind zwar nachvollziehbar. Die Flughäfen sind jedoch für ihre Kunden da – und ein liberalisierter Dienstleistungsmarkt ist ganz im Sinne von Airlines und Fluggästen, die ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis erwarten. Und das lässt sich bei Airports – wie in jeder anderen Branche – auch durch mehr Wettbewerb erreichen.



aus IW-Trends
2/2012

Klaus-Heiner Röhl: Zur Liberalisierung der Flughafen-Bodendienste

www.iwkoeln.de/trends

Knapp, teuer, selten sucht ...

Materialeffizienz. Der effiziente Umgang mit Rohstoffen ist heutzutage ein Muss – insbesondere für solche Unternehmen, die Produkte mit einem hohen Anteil an Materialkosten herstellen. Allerdings gibt es hierfür keinen Königsweg: Denn jede Firma bräuchte ein eigenes, individuell auf den Betriebsablauf zugeschnittenes Effizienzmaß. 

Eine Faustformel der deutschen Wirtschaft besagt, dass die Personalkosten deshalb besonders stark durchschlagen, weil hierzulande vergleichsweise hohe Löhne bezahlt werden. Für viele Branchen trifft das zu, nicht jedoch für das Verarbeitende Gewerbe. Hier fallen vor allem die Materialkosten ins Gewicht. In der Nahrungsmittelindustrie etwa machen die Zutaten und die Hilfs- und Betriebsstoffe rund die Hälfte der Herstellungskosten aus (Grafik).

Überdies sind viele Rohstoffe und Vorprodukte in der Vergangenheit teurer geworden – mit spürbaren Folgen für die Unternehmen:

Im Verarbeitenden Gewerbe ist der Kostenanteil der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in den vergangenen 15 Jahren von 37 Prozent auf knapp 43 Prozent gestiegen.

Besonders betroffen war die Metallherzeugung und -bearbeitung: Hier stieg die Materialkostenquote sogar um 13 Prozentpunkte.



aus IW-Trends
2/2012

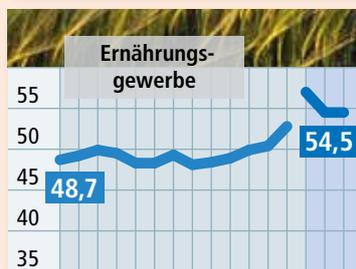
Holger Techert: Messung von Materialeffizienz in Unternehmen

www.iwkoeln.de/trends

Werkstoffe werden teurer

Materialkostenanteil der fünf materialintensivsten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes in Prozent des Bruttoproduktionswerts

1995 97 99 01 03 05 07 09
96 98 00 02 04 06 08 10



Bruttoproduktionswert: umfasst den Umsatz aus eigenen Erzeugnissen, Dienstleistungen und Handelswaren sowie Veränderungen der Bestände aus eigener Produktion und selbst erstellter Anlagen; alle Branchen: Umstellung der Klassifikation der Wirtschaftszweige im Jahr 2008; in der Ernährungsindustrie beispielsweise wird die Getränkeindustrie seitdem separat geführt; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien · Iwd 28 · Foto: MEV

Solche Preissprünge lassen kein Unternehmen kalt. Damit knappe Ressourcen nicht vergeudet werden, haben die meisten Betriebe Kontrollmechanismen entwickelt. Viele Firmen der Metall- und Möbelindustrie erfassen zum Beispiel Ausschussquoten, Verschleiß und Verschnitt.

Diese einfachen Kennzahlen führen allerdings nicht automatisch dazu, dass mit den Ressourcen auch effizienter umgegangen wird. Dafür wäre eine systematische Bewertung der Materialeffizienz nötig, die von den Unternehmen jedoch nur selten durchgeführt wird. Ein Grund dafür ist, dass es keinen geeigneten Indikator gibt, der sämtliche branchen-, stoff- und unternehmensspezifischen Besonderheiten berücksichtigt.

So ein Indikator, dessen Entwicklung jedem Betrieb selbst obliegt, müsste drei Anforderungen erfüllen:

- Die Materialeffizienz muss über sämtliche Stufen der Wertschöpfungskette erfolgen und alle eingesetzten Rohstoffe und Vorprodukte erfassen. Das ist deshalb wichtig, weil eine Effizienzsteigerung für nur einen einzelnen Arbeitsschritt einen erhöhten Materialaufwand in einem vor- oder nachgelagerten Prozess nach sich ziehen kann.
- Die Materialeffizienz muss sich in Cent und Euro ausdrücken lassen. Nur auf dieser Basis kann ein Unternehmen anschließend Investitionsentscheidungen treffen.
- Ein Indikator, der die Materialeffizienz misst, muss auch das jeweilige Risiko bewerten, das bei der Beschaffung und beim Verbrauch der einzelnen Rohstoffe besteht. Dies gilt insbesondere für Materialien, die sich nicht ersetzen lassen oder die – wie beispielsweise Kobalt oder Chrom – nur in wenigen, politisch instabilen Ländern gefördert werden.

Neue Lösungen gefragt

Rettungsschirm. Auf dem letzten EU-Gipfel wurde alles getan, um Italien und Spanien im Notfall schnell und effektiv helfen zu können. Aufkäufe von bereits emittierten Wertpapieren durch den Rettungsfonds sind jedoch nicht die erste Wahl.

Italien und Spanien haben zusammen über 2,8 Billionen Euro an Schulden angehäuft. Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) müsste deshalb viel Geld in die Hand nehmen, wenn er umlaufende italienische und spanische Staatsanleihen auf dem sogenannten Sekundärmarkt aufkaufen wollte, um Kursverluste und Zinsanstiege zu begrenzen. Das zeigt die Erfahrung der Europäischen Zentralbank (EZB) mit ihren Sekundärmarktkäufen im zweiten Halbjahr 2011.

Allein zwischen Anfang August und Anfang November 2011 wuchs der EZB-Bestand an Staatsanleihen um fast 110 Milliarden Euro.

Das könnte der Rettungsschirm mit seinen begrenzten Mitteln nicht lange durchhalten. Neben der Möglichkeit zu Sekundärmarktkäufen stehen dem Rettungsschirm seit dem Herbst 2011 noch weitere Instrumente zur Verfügung, von denen einige effektiver und billiger sind. Zwei Beispiele:

Vorsorgliche Kredite. Die Eurostaaten räumen – ähnlich wie jede Sparkasse ihren Girokunden mit dem Dispositionskredit – einem Krisenstaat einen vorsorglichen Kredit ein, ohne dass das Land zunächst auf die Gelder zugreift. Damit will man den Finanzmarktakteuren die Sorge nehmen, dass ein Staat zah-

Italien und Spanien unterm Rettungsschirm

Italien und Spanien müssen in den kommenden zweieinhalb Jahren mehr als 900 Milliarden Euro an neuen Schulden aufnehmen, zumeist um umzuschulden. Um das Zinsniveau niedrig zu halten, könnte der Europäische Stabilitätsmechanismus einen Teil der neuen Staatsanleihen am sogenannten Primärmarkt ankaufen.

in Milliarden Euro	Restjahr 2012	2013	2014	Insgesamt
Schuldenrückzahlung	279,9	320,0	242,6	842,6
+ Zinsen	40,5	78,4	70,9	189,8
- Positiver Primärsaldo	9,6	40,3	61,3	111,2
Insgesamt	310,8	358,1	252,2	921,2

Finanzbedarf des Europäischen Stabilitätsmechanismus, wenn der Rettungsschirm ... der neu ausgegebenen Staatsanleihen aufkaufen würde – in Milliarden Euro

... ein Drittel	103,6	119,4	84,1	307,1
... die Hälfte	155,4	179,1	126,1	460,6

Primärsaldo: Haushaltseinnahmen minus -ausgaben ohne Zinszahlungen; Restjahr 2012: halbierte Angabe der EU-Kommission für Gesamtjahr 2012, da keine gesonderten Angaben für zweites Halbjahr verfügbar; 2012, 2013: Prognose der EU-Kommission; 2014: IW-Prognose; Ursprungsdaten: Bloomberg, EU-Kommission

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012, IW Medien - iwrd 28

lungsunfähig wird. Wenn die Beruhigung gelingt, fließen im Idealfall keine Finanzhilfen.

Primärmarktinterventionen. Falls das nicht ausreichend wirkt, bietet sich ein weiteres Hilfsinstrument an. Denkbar wäre, dass der Rettungsschirm einem Staat direkt einen Teil der neuen Anleihen zu niedrigen Zinsen abkauft, sodass im Durchschnitt die Zinsen einer Neuemission sinken.

Eine überschlägige Berechnung zeigt, wie groß der Finanzbedarf in Italien und Spanien bis Ende 2014 in etwa wäre (Grafik). In diesem Zeitraum müssen beide Staaten schätzungsweise rund 920 Milliarden Euro an neuen Schulden aufnehmen, größtenteils um damit alte Schulden abzulösen.

Wenn der Rettungsschirm davon am Primärmarkt rund ein Drittel aufkauft, benötigt er dafür etwa 307 Milliarden Euro.

Das wäre prinzipiell finanzierbar. Denn der bald in Kraft tretende Europäische Stabilitätsmechanismus

hat schließlich ein Volumen von 500 Milliarden Euro.

Wenn der Rettungsschirm 3 Prozent Zinsen für die neuen Staatsanleihen verlangt und der Finanzmarkt 9 Prozent, würde sich für Italien und Spanien ein Durchschnittszins von knapp 6,7 Prozent ergeben.

Sollte der Rettungsschirm die Hälfte der neuen Staatsanleihen kaufen, bräuchte er bis Ende 2014 rund 460 Milliarden Euro und könnte den Durchschnittszins bei gleichen Annahmen auf 6 Prozent senken. Damit wäre die Kapazität des ESM freilich weitgehend ausgeschöpft.

Nach 2014 müssen die Karten ohnehin neu gemischt werden. Immerhin besteht die Hoffnung, dass bis dahin die Wirtschaftsreformen wirken, die Rezessionen vorüber sind und die Ökonomien wieder in einen moderaten Aufschwung münden. All das würde sich positiv auf die Schuldentragfähigkeit auswirken und den beiden Ländern den Weg an den Kapitalmarkt ohne fremde Hilfe ermöglichen.

Goldgrube Internet

Internetwirtschaft. Gewusst wie, lässt sich mit dem Internet richtig Geld verdienen. Vor allem junge Unternehmensgründer strömen mit immer neuen Geschäftsmodellen ins Web.

In den nächsten fünf Jahren wird das Internet in den EU-Ländern ein Zwanzigstel zum Wirtschaftswachstum beitragen. Laut der Boston Consulting Group (BCG) soll die jährliche Wachstumsrate in den sich entwickelnden Märkten der G-20-Staaten, zum Beispiel in der Türkei, in Indonesien oder in China, sogar bei durchschnittlich 18 Prozent liegen. Grund für diese Entwicklung ist u.a. die schnell steigende Zahl der Internetnutzer weltweit: Bis zum Jahr 2016 werden circa 3 Milliarden Menschen das Internet nutzen, 2010 waren es erst 1,9 Milliarden.

Wie viel das Internet den Menschen inzwischen bedeutet, zeigt eine eher kuriose Umfrage der Unterneh-

mensberatung Boston Consulting. Die Berater fragten die Menschen in verschiedenen Ländern, was ihnen wichtiger ist – alltägliche Dinge oder das Internet (Grafik):

Statt ein Jahr ohne Internet auskommen zu müssen, würden in Deutschland 77 Prozent der Nutzer eher auf Alkohol verzichten, in Südkorea 41 Prozent eher auf Sex und in China 37 Prozent aufs Duschen.

Ob private Konsumausgaben, staatliche oder unternehmerische Investitionen – die Umsätze rund ums Internet werden auch künftig steigen. So erwartet Boston Consulting für Deutschland bis 2016 ein Plus von fast 60 Prozent, für die Türkei eine Steigerung von 160 Prozent, für Russland sogar 180 Prozent.

Weil mit dem Internet viel Geld verdient werden kann, lockt es auch immer mehr Unternehmensgründer an. Dazu gehört zum Beispiel der Kölner Internet-Designer und

Gamer Gronkh. Er hat einen eigenen Kanal auf YouTube, wo ihm inzwischen fast eine halbe Million Abonnenten dabei zuschauen, wie er Videospiele spielt und kommentiert.

Die Plattform YouTube, auf der Nutzer ihre selbst produzierten Videos präsentieren können, wird von Google betrieben. Die Nutzung ist für Videomacher und -konsumenten kostenlos. Das Unternehmen beteiligt allerdings erfolgreiche YouTuber an den Einnahmen durch Online-Werbung, die eingeblendet wird, wenn sich beispielsweise ein Nutzer ein Video anschaut. Das lohnt sich: Laut Google werden täglich 4 Milliarden Videos abgerufen.

Durch seine Online-Werbung und weitere Tools unterstützt Google unterschiedliche Geschäftsmodelle – das ist vor allem für Neuunternehmer interessant.

Insgesamt entstanden seit 2007 rund 28.000 Unternehmen, die über verschiedene Google-Werbetools Geld verdienen. Sie beschäftigen fast 100.000 Menschen; der Gesamtumsatz der jungen Google-Gründer lag 2010 bei 8,6 Milliarden Euro.

Die jungen Google-Gründer haben im Vergleich mit allen nach 2006 gegründeten Unternehmen in Deutschland häufiger eigene Forschungsabteilungen, beschäftigen nach kürzester Zeit mehr Mitarbeiter und erzielen höhere Umsätze.

Doch es geht auch ohne YouTube – das zeigt zum Beispiel der Online-Musiksender tape.tv, der sich unabhängig von Google im Netz etabliert hat. Tape.tv bietet seinen Nutzern personalisiertes Musikfernsehen rund um die Uhr.

Der Wert des World Wide Web

So viel Prozent der Menschen würden für ein Jahr eher auf ... als auf das Internet verzichten

	Fast Food	Navigationssystem	Alkohol	Schokolade	Kaffee	Sport	Auto	Sex	Duschen
Deutschland	89	77	77	70	55	45	23	16	10
China	78	79	86	82	85	45	56	36	37
Frankreich	86	77	69	66	61	42	23	16	5
Russland	88	85	80	76	70	50	36	15	14
Südafrika	80	81	77	74	63	49	10	22	13
Südkorea	83	74	69	84	70	50	43	41	25
Türkei	71	82	74	66	65	59	32	23	19
USA	83	84	73	77	69	43	10	21	7
Vereinigtes Königreich	91	84	65	78	76	47	21	25	17

Länderauswahl, Mehrfachnennungen möglich; Stand: 2012
Quelle: Boston Consulting Group

Geölter Globus

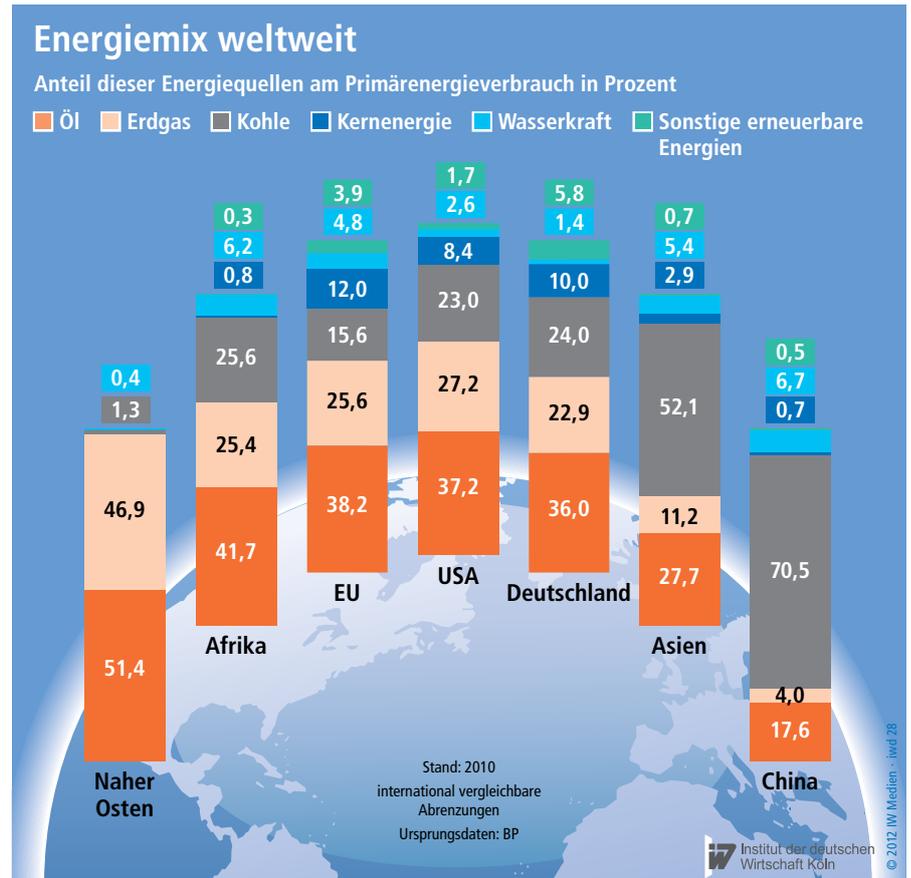
Energie. Während Deutschland die Energiewende anstrebt, wird der weltweite Energiebedarf noch überwiegend mit fossilen Brennstoffen gedeckt. Auf fast allen Kontinenten ist Erdöl die Hauptenergiequelle.

Alle Welt – zuletzt beim Umweltgipfel in Rio – spricht darüber, dass ohne erneuerbare Energien nichts mehr geht. Doch der reale Energiemix sieht noch ganz anders aus. Erdöl ist vielerorts nach wie vor Energiequelle Nummer eins (Grafik).

Auch in Deutschland macht Öl rund ein Drittel des Primärenergieverbrauchs aus und ist damit der wichtigste Energielieferant. Erdöl und Erdölprodukte werden vor allem zum Heizen und im Straßenverkehr eingesetzt, der Flugverkehr ist sogar vollständig auf Ölprodukte angewiesen.

Zweitwichtigster Energielieferant in Deutschland ist die Kohle – sie liefert fast ein Viertel der Energie. An Bedeutung gewonnen hat auch Erdgas, das verstärkt sowohl zum Heizen als auch zur Stromerzeugung genutzt wird. Mit einem Anteil von 23 Prozent am Primärenergieverbrauch hat Gas die Kohle inzwischen fast eingeholt.

Die Kernkraft deckte 2010 immerhin noch 10 Prozent des deutschen Energiebedarfs. Im Rahmen der Energiewende wird dieser Anteil bis zum Jahr 2022 auf null zurückgefahren werden – zugunsten der erneuerbaren Energien, die aktuell rund 7 Prozent zur Energieversorgung beisteuern. Bei der Stromproduktion kommen Sonne, Wind und Co. bereits auf einen Anteil von 20



Prozent, bis 2030 strebt die Bundesregierung sogar eine grüne Stromversorgung von 50 Prozent an (vgl. Iwd 27/2012).

Der deutsche Energiemix ist nicht untypisch für Industrieländer. So wird der Energiehunger auch im übrigen Europa und in den USA zu einem Drittel mit Öl und zu einem Viertel mit Erdgas gedeckt. Leichte Unterschiede gibt es jedoch bei den grünen Energien. Erstaunlicherweise tragen die regenerativen Quellen in Deutschland weniger zum Energiemix bei als in den Nachbarstaaten:

Während in der Bundesrepublik gut 7 Prozent der Primärenergien aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden, sind es im Schnitt der EU-Länder fast 9 Prozent.

Das liegt vor allem daran, dass in vielen europäischen Ländern – darunter Norwegen und Österreich – die Wasserkraft aufgrund der topografischen Lage deutlich stärker

eingesetzt werden kann als in Deutschland. Alle anderen erneuerbaren Energien nutzt die Bundesrepublik dagegen intensiver als der Durchschnitt Europas, verglichen mit den Industrieländern der OECD sogar fast dreimal so häufig.

Im Vergleich zur Energieversorgung in anderen Weltregionen sind dies jedoch marginale Unterschiede:

- **China** stillt seinen Energiehunger zu mehr als 70 Prozent aus Kohle und zu 18 Prozent aus Öl. Der steigende Energiebedarf des Landes soll auch mithilfe der Atomkraft befriedigt werden.
- Der **Nahe Osten** verbraucht fast ausschließlich Öl und Erdgas. Beides wird vor Ort gefördert und ist so billig, dass Öl sogar zur Stromerzeugung eingesetzt wird.
- **Afrika** deckt seinen Energiebedarf ebenfalls hauptsächlich mit Öl. Gas und Kohle steuern jeweils ein Viertel zur Energieversorgung bei.

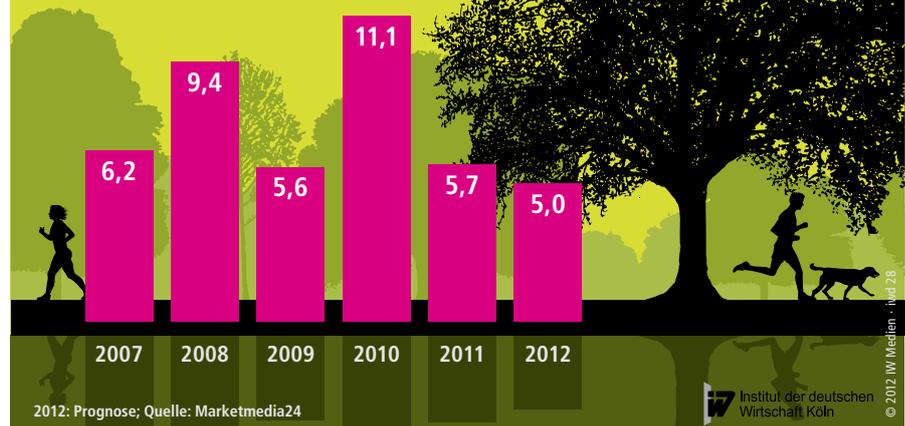
Wir sind dann mal draußen

Outdoor-Branche. Es gibt kein schlechtes Wetter, nur die falsche Kleidung – das weiß niemand besser als die Deutschen. Denn ob Wanderer, Biker oder auch Nicht-Sportler: Die Bundesbürger kaufen mehr Funktionskleidung und andere Outdoor-Artikel als jedes andere Volk in Europa.

Um der Hektik der Städte und des digitalisierten Büroalltags zu entkommen, gibt es für die Deutschen vor allem eins: das Wandern. Rund 40 Millionen Bundesbürger machen sich regelmäßig auf die Socken. Neben Trekking, Bergsteigen, Mountainbiken und Camping ist Wandern damit der Outdoor-Sport schlechthin. Doch wer bei jedem Wetter an der frischen Luft sein will, braucht eine gute Ausrüstung: Im Schnitt lässt jeder Aktive dafür 92 Euro im Jahr springen. Besonders wichtig ist die Oberbekleidung: 93 Prozent der Wanderer besitzen wetterfeste Jacken. Zur Grundausstattung gehö-

Outdoor-Branche: Kräftiges Wachstum

Umsatz der Outdoor-Branche in Deutschland, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



ren außerdem Wanderschuhe und Tagesrucksäcke.

Doch nicht nur die aktiven Outdoor-Fans sind stets tiptopp ausgerüstet, auch bei Nicht-Sportlern wird Funktionskleidung immer beliebter: Rund 74 Prozent von ihnen decken sich zum Beispiel mit einer wetterfesten Jacke ein. So sieht man auch beim Bummel durch die Einkaufsstraße Passanten mit Himalaja-tauglichen Jacken.

Dieser Trend lässt die Kassen der Outdoor-Ausrüster kräftig klingeln:

Von 2006 bis 2011 ist der Umsatz der Branche um 44 Prozent auf 1,9 Milliarden Euro gestiegen.

Mit rund einem Viertel des Umsatzes ist der Outdoor-Markt das wichtigste Segment im deutschen

Sporthandel und trug entscheidend zu dessen Umsatz von 7,2 Milliarden Euro im Jahr 2011 bei. Im europäischen Vergleich kauft keiner so viele Outdoor-Produkte wie die Deutschen. Laut der European Outdoor Group sorgen die Bundesbürger mit 23 Prozent nahezu für ein Viertel des europäischen Umsatzes.

Nach hohen Zuwächsen in den vergangenen Jahren hat sich das deutsche Outdoor-Wachstum 2011 allerdings auf 5,7 Prozent abgeschwächt (Grafik). Brancheninsider erwarten außerdem strukturelle Veränderungen auf dem Markt. Der Handel hat bereits heute Probleme: Vor allem Onlineshops und ausländische Discounter machen ihm mit ihren Offerten zu schaffen.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.